

18.12.2018

Antrag

der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP

Potenziale der Photovoltaik in Nordrhein-Westfalen ausschöpfen – Energiewende stärken

I. Ausgangslage

In Deutschland schreitet der Ausbau der erneuerbaren Energien im Stromsektor voran. Nach der Windenergie stellt die Photovoltaik im Jahr 2017 deutschlandweit mit rund 43 Gigawatt Leistung den zweitgrößten Anteil der Stromerzeugungssysteme bei den erneuerbaren Energien. In Nordrhein-Westfalen waren 2017 davon über 4.600 Megawatt installierte Leistung vorhanden. Das Energieland Nummer 1 in Deutschland ist auf einen breiten und ausgewogenen Energiemix angewiesen. Die Photovoltaik gehört zweifelsfrei dazu und kann in Zukunft eine noch größere tragende Säule im Ausbau der erneuerbaren Energien für unser Land einnehmen. Bislang werden lediglich 2,8 Prozent des nordrhein-westfälischen Stromverbrauchs aus Photovoltaik-Dachanlagen erzeugt.

Die Ausbautzahlen der Vergangenheit für Nordrhein-Westfalen können nicht zufriedenstellen. Nach Angaben der Agentur für Erneuerbare Energien weisen etwa unsere Nachbarländer Niedersachsen (470,3 kWp pro 1000 Einwohner), Rheinland-Pfalz (516 kWp pro 1000 Einwohner) und Hessen (312,6 kWp pro 1000 Einwohner) einen höheren Ausbaustand als Nordrhein-Westfalen aus (259,8 kWp pro 1000 Einwohner). Dabei enttäuscht nicht nur diese Zustandsbeschreibung - der Entwicklung in den rot-grünen Regierungsjahren 2012 bis 2017 fehlt es auch an einer entsprechenden Dynamik. Für diesen Befund bedarf es nicht einmal der Vergleiche mit Bayern, Baden-Württemberg oder einem ostdeutschen Bundesland: Nordrhein-Westfalen fällt mit einer Steigerung von 53,8 kWp pro 1000 Einwohner deutlich hinter Hessen (Steigerung von 60,1 kWp pro 1000 Einwohner), Niedersachsen (Steigerung von 79,2 kWp pro 1000 Einwohner) und Rheinland-Pfalz (Steigerung von 130,7 kWp pro 1000 Einwohner) zurück.

In den letzten Jahren hat die Photovoltaik sowohl technologische Sprünge gemacht als auch eine beeindruckende Lernkurve durchlaufen. Die globale installierte Leistung ist in die Höhe geschossen, was neben anderen Gründen wie Überkapazitäten oder

Datum des Originals: 11.12.2018/Ausgegeben: 18.12.2018

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Produktionsverlagerungen die Marktpreise sinken ließ. Dementsprechend sind die Fördersätze des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes in Deutschland erheblich gesunken. Ein Impuls für diese globale Marktdurchdringung kam maßgeblich aus Deutschland. In der politischen Debatte um den deutschen Beitrag zum Klimaschutz wird oftmals ausgeblendet, dass bereits heute deutsche Innovationen international zusätzliche Klimaschutzbeiträge generieren.

Die massiven Preissenkungen der letzten Jahre haben die Stromgestehungskosten der Photovoltaik so stark gesenkt, dass sie bereits deutlich unter dem Preisniveau von Haushaltsstromtarifen liegen. Dies bietet für Nordrhein-Westfalen große Chancen. Der ländliche Raum leistet bereits heute einen großen Beitrag, um die Energiewende in Nordrhein-Westfalen und Deutschland zu einem Erfolg zu machen. Doch auch die Städte und urbanen Ballungsräume können dazu beitragen, die Potenziale der Photovoltaik in Nordrhein-Westfalen besser auszuschöpfen. Möglichkeiten im urbanen Raum für die Photovoltaik sind neben den vielen Dachflächen auch überdachte Parkplätze von großflächigerem Einzelhandel.

Das Potenzial für die Solarenergie ist riesig, wie das durch die Landesregierung neu eingeführte und deutschlandweit größte Solarkataster zeigt. Jeder der rund 11 Millionen Dachbesitzer in Nordrhein-Westfalen kann von nun an belastbare Informationen über die zu erwartenden energetischen und finanziellen Erträge einer Solaranlage über das Solarkataster abrufen. Zudem können Speicher sowie die Nutzung von Elektromobilität in die Berechnung mit einbezogen werden. Durch den Baustein „Stationäre elektrische Batteriespeicher in Verbindung mit einer neu zu errichtenden Photovoltaikanlage“ im Förderprogramm *progres.nrw* sind bereits im Jahr 2017 knapp über fünf Millionen Euro bewilligt worden. Die Landesregierung fördert die Elektromobilität in verschiedenen Programmen mit über 20 Millionen Euro und setzt somit nachhaltige Impulse für eine gelingende sektorübergreifende Energiewende.

Hauseigentümer, Besitzer von Gewerbe-Immobilien, Wohnungsbaugesellschaften, Kommunen und Energieversorger bekommen mit dem kostenlosen Informationszugang des Solarkatasters eine entscheidende Möglichkeit, einen Beitrag zur dezentralen Energiewende zu leisten. Besonders große Potenziale bieten die dicht besiedelten Regionen wie Köln, Düsseldorf und das Ruhrgebiet.

Insgesamt könnten pro Jahr rund 68 Terrawattstunden (TWh) Strom produziert werden. Aktuell erzeugen Photovoltaik-Anlagen 3,9 TWh in Nordrhein-Westfalen. Eine weitgehende Ausschöpfung dieses Potenzials bedeutet nicht nur lokale Wertschöpfung durch wirtschaftliche Impulse für Handwerk und Projektierer, sondern auch einen Beitrag zum Klimaschutz: Bei der Umsetzung aller Photovoltaik-Potenziale könnte eine Einsparung von rund 30 Millionen Tonnen CO₂ allein in der Stromerzeugung erzielt werden – was zehn Prozent des Treibhausgas-Ausstoßes in Nordrhein-Westfalen entspricht.

Das Land sollte bei der Nutzung der Photovoltaik-Potenziale zudem in eigener Verantwortung vorangehen. Sowohl für öffentliche Gebäude wie auch hinsichtlich der Installation von Solarenergieanlagen an Straßen sind Möglichkeiten des Ausbaus zu prüfen. Zudem ist auch die Entschärfung von Konfliktlagen mit dem Denkmalschutz in den Blick zu nehmen.

Die NRW-Koalition setzt sich dafür ein, dass die vorhandenen Potenziale identifiziert und gehoben werden. Dezentrale Lösungen sind die Zukunft der Energiegewinnung, -speicherung und -nutzung in städtischen Ballungsräumen. Hier kann vor Ort die Energieversorgung durch verschiedene miteinander kombinierte Technologien intelligent weiterentwickelt werden - Stichworte sind smarte leistungsfähige Verteilnetze, eine Kombination von Photovoltaik,

Blockheizkraftwerken, Fernwärmestrukturen, Batteriespeichern und letztlich Mobilitätskonzepte auf Basis von Elektromobilität. Auf diese Weise können der Energieverbrauch sowie die Treibhausgasemissionen im Gebäudebereich weiter gesenkt werden. Es gilt, die großen Potenziale unserer Siedlungsstruktur im Land effektiv zu nutzen und die Energiewende zu stärken.

Dabei sollte auch das Potenzial durch die Nutzung von Gewässerflächen einbezogen werden. Die technischen Voraussetzungen für schwimmende Solaranlagen sind mittlerweile vorhanden und in der Anwendung erprobt. Die Möglichkeiten der zusätzlichen Gewinnung von Solarenergie auf Stau- oder Baggerseen und Regenrückhaltebecken sind zu prüfen.

Die Energiewende muss versorgungssicher, bezahlbar und umweltverträglich gelingen. Die Photovoltaik kann aufgrund der gefallen Preise, in Verbindung mit Speichern und durch CO₂-Einsparungen einen wichtigen Beitrag in Nordrhein-Westfalen dazu leisten. Auf diese Weise können Bürgerinnen und Bürger auf dem Land und in den Städten, Gewerbetreibende sowie (Energieversorgungs-)Unternehmen profitieren. Gerade für Privathaushalte sind dabei auch wirtschaftliche Anreize im Rahmen von Mieterstromprojekten zu sichern und bürokratische Hürden abzubauen.

II. Beschlussfassung

Der Landtag beauftragt die Landesregierung,

- Konzepte zu entwickeln, die geeignet sind, den Ausbau der Photovoltaik auf Dach- und Wasserflächen in Nordrhein-Westfalen zu beschleunigen.
- kombinierte technologische Lösungsansätze für den urbanen Raum durch geeignete Maßnahmen zu unterstützen.
- die Installation von Photovoltaik-Anlagen auf öffentlichen Gebäuden und landeseigenen Liegenschaften sowie - unter Berücksichtigung der Verkehrssicherheit - an Straßen zu prüfen und hierzu auch die Verantwortungsbereiche von BLB und Straßen.NRW einzubeziehen.
- mögliche Maßnahmen zur Entschärfung von Konfliktslagen bei der Installation von Photovoltaik-Anlagen mit dem Denkmalschutz zu prüfen.
- sich auf Bundesebene für einen Abbau bürokratischer Hemmnisse sowie bessere Bedingungen für Mieterstromprojekte einzusetzen.

Bodo Löttgen
Matthias Kerkhoff
Daniel Sieveke
Henning Rehbaum

und Fraktion

Christof Rasche
Henning Höne
Dietmar Brockes
Ralph Bombis

und Fraktion